
Frankreichs Wirtschaftspolitik seit dem 10. Mai 1981

Alphonse Losser

Wenn die Historiker einmal die Geschichte Frankreichs schreiben, dann wird das Frühjahr 1981 als ein bedeutender historischer Wendepunkt erscheinen. Man wird den von den Wahlen vom Mai–Juni 1981 eingeleiteten Machtwechsel vergleichen mit den bewegten Tagen der Volksfront von 1936, mit den Tagen der Befreiung 1944–1945, mit der Gründung der Fünften Republik 1958, mit der Mai-Revolution von 1968. Damals wie im Frühjahr 1981 sind Weichen gestellt worden für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Der Wandel, von dem so lange die Rede war, ohne daß er eingetreten wäre, ist endlich eine Realität geworden. Nach zwei Wahlen hat die französische Republik einen sozialistischen Staatspräsidenten, einen sozialistischen Regierungschef, eine absolute Mehrheit sozialistischer Abgeordneter in der Nationalversammlung und obendrein auch noch (erstmal seit 1947) kommunistische Minister. Doch nicht nur die französische Politik sieht heute anders aus als vor den Wahlen, nicht nur die Köpfe der Regierenden sind ausgewechselt worden. Auch das Bewußtsein der Bürger ist verändert. Nach 23 Jahren ununterbrochener konservativer Herrschaft haben die Wähler in ihrer großen Mehrheit für ein linkes, „zu neuen Horizonten“ aufbrechendes Frankreich optiert.

„Frankreich ist sozialistisch, ohne es zu wissen“, sagte immer wieder François Mitterrand seinen Mitbürgern vor den Wahlen. Im Rahmen der allgemeinen Konfrontation zwischen den politischen Parteien mag das eine gezielte Übertreibung gewesen sein. Doch gab es eine Reihe langfristiger Entwicklungen und kurzfristiger Gründe, die dem Linkstrend zum Durchbruch verhelfen¹. Darunter muß man namentlich nennen:

- die grundlegenden Veränderungen in der Struktur der französischen Gesellschaft, mit der Bildung einer relativ homogenen „soziologi-

- schen Linken“, deren Kern die stark gewachsene Mittelklasse unter den Einkommensbezieher ist, und die durch das eigenständige Wahlverhalten einer wachsenden Zahl berufstätiger Frauen und die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre verstärkt worden ist²;
- die starke Aufweichung der bisher gültigen Korrelation zwischen konservativem Wahlverhalten und Katholizismus, die durch den Rückgang der religiösen Praxis im ganzen Land, die Entwicklung der katholischen Kirche zu offeneren und fortschrittlicheren wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen, besonders im Lichte der Lehren des Zweiten Vatikanischen Konzils, und das Engagement wichtiger mit der katholischen Aktion verbundener Bewegungen zugunsten des Sozialismus begünstigt worden ist³;
 - die Erkenntnis des hartnäckigen Fortbestehens deutlich spürbarer sozialer Ungleichheiten und eines beträchtlichen Nachholbedarfs an sozialem Fortschritt⁴;
 - die starken Stimmenverluste der Kommunistischen Partei Frankreichs, derzufolge die alte Angst vor den Kommunisten nicht mehr ihre Wirkung bei den Wählern der linken Mitte tat und die Möglichkeit eines linken Bündnisses der Sozialisten mit einem überlegenen kommunistischen Partner endgültig der Vergangenheit anzugehören schien;
 - die Abkehr von Valéry Giscard d'Estaing, der sein Versprechen einer Politik des Wandels und der sozialen Reformen nicht gehalten hatte, dessen Wirtschaftsbilanz mit 14 Prozent Inflation und 1,7 Millionen Arbeitslosen düster war, und dessen Septennat von einer Reihe nie aufgeklärter Affären markiert war⁵;
 - die Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung Raymond Barre, der viele Franzosen vorwarfen bereit zu sein, die Integration in die neue internationale Arbeitsteilung auf den Weltmärkten mit dem Untergang ganzer wirtschaftlicher Bereiche und Regionen Frankreichs zu bezahlen;
 - die Hoffnung einer Rückkehr zu einem durch die Staatsintervention unterstützten und die Vollbeschäftigung mit sich bringenden Wirtschaftswachstum.

Die Machtübernahme der Linksunion im Frühjahr 1981 wurde mit besonderer Genugtuung in denjenigen sozialen Schichten aufgenommen, die sich seit einem Vierteljahrhundert von der Beteiligung an der Macht angeschlossen fühlten. Mitterrand ist mit dem Versprechen angetreten, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, die Inflation zu zügeln und die sozialen Ungleichheiten abzubauen, alles im Rahmen eines umfassenden Programmes der Reform von Wirtschaft und Gesellschaft. Seine Machtübernahme fiel aber mitten in die schwerste Rezession der Nachkriegsjahre. Sein Reformwille prallte gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise, gegen die Mängel der französischen Wirtschaftsstruktur und die Blockierungen der französischen Gesellschaftsstruktur. Den immensen Hoffnungen der Machtübernahme folgen nun die Enttäuschungen vieler sozialen Schichten, die glaubten, daß alles sofort möglich wäre, oder jener,

die sich um ihre Ansprüche gebracht fühlen. Die Unzufriedenheit hat namentlich ihren Ausdruck in den Kantonwahlen von 1982 und in den Gemeinderatswahlen von 1983 gefunden. Sie hat ihren Ursprung nicht nur in den Folgen der Wirtschaftskrise, sondern auch in den Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen, die notwendigerweise gewisse nicht mehr gerechtfertigte korporative Interessen in Frage stellen. Der französische Sozialwissenschaftler Pierre Rosanvallon plädiert für „eine politische Ökonomie der Unzufriedenheit“, die es erlaubt „die Dynamik der Unzufriedenheit in den demokratischen Gesellschaften“ zu verstehen und eventuelle „verkehrte“ Effekte einer Reformpolitik aufzuheben⁶.

Im folgenden Artikel soll Frankreichs Wirtschaftspolitik seit dem 10. Mai 1981 kurz in ihren Hauptaspekten dargestellt werden: die wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen der Sozialistischen Partei Frankreichs, die Strukturreformen, die Planung, die Konjunkturpolitik und die Härtemaßnahmen.

A. Die wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen der sozialistischen Partei Frankreichs

Beginnen wir mit einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Sozialistischen Partei Frankreichs (*Parti socialiste*, PS). Der Kongreß von Epinay-sur-Seine (Juni 1971) war die eigentliche Geburtsstunde der PS und gleichzeitig das endgültige Ableben der ehemals starken, aber dann doch verfallenden SFIO (*Section française de l'Internationale ouvrière*, Französische Sektion der Internationalen Arbeiterbewegung). Ein neuer Anlauf zur Eroberung der Macht und zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde angeregt durch die Rebellion der französischen Jugend und der französischen Arbeiterschaft im Mai 1968. Eine der damals neu gewonnenen Einsichten war zweifellos die, daß die Linke gemeinsam antreten müsse⁷.

In der neuen PS flossen mehrere Strömungen zu einem mächtigen Strom zusammen. Zum einen die *Convention des institutions républicaines* (Konvention der Republikanischen Institutionen), deren Leiter François Mitterrand war. Zum zweiten das *Centre d'étude, de recherche et d'éducation socialistes* (CERES, Zentrum für sozialistische Studien, Forschung und Erziehung), eine Gruppe um Jean-Pierre Chevènement, Didier Motchane und Georges Sarre. Zum dritten die „Notablen“, jene Parteiführer, die in ihren Regionen noch erheblichen Anhang besaßen, also z. B. Gaston Defferre in Marseille und Pierre Mauroy in Lille.

Eines der wichtigsten Daten in der Entwicklung der PS waren die *Assises du Socialisme* (Herbst 1974), eine Versammlung, die zu einer Zusammenarbeit zwischen der *Confédération française démocratique du travail* (CFDT, Französischer demokratischer Bund der Arbeit), der zweitgrößten französischen Gewerkschaft, und der PS führte, und die Partei für Michel Rocard und seine Freunde öffnete. Mit Recht nannte

Mitterrand die Assises den Tag, von dem an alle Sozialisten zu einer Partei zusammengeführt waren.

Die PS wurde aus Verhandlungen der verschiedenen sie konstituierenden Gruppen geboren und ist auch heute noch weitgehend eine Addition verschiedener Strömungen. Die synthetisierenden Elemente waren eine gemeinsame Auffassung vom Sozialismus als Vervollkommnung der Demokratie, die Aussicht auf die Macht im Rahmen einer weiten Union mit den anderen Linksparteien (namentlich mit der *Parti communiste français*, PCF, Kommunistischen Partei Frankreichs) und die Hoffnung, tiefgreifende Reformen in einer weithin erstarrten Gesellschaft auslösen zu können. Zusammengehalten wurde die Partei auch durch das außergewöhnliche Talent von Mitterrand. Das Bestehen von internen Richtungsflügeln und innerparteilichen Fraktionen bringt natürlich die Gefahren der Zerrissenheit und der Zersplitterung mit sich. Es vermehrt aber auch die Chancen einer echten innerparteilichen Demokratie.

Entscheidend für das Verständnis und die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen der PS sind besonders drei Dokumente, die die gemeinsame Referenz aller Strömungen der Partei bilden:

- das nach den Richtlinien des Kongresses von Epinay ausgearbeitete Regierungsprogramm *Changer la vie* von 1972⁸,
- das *Projet socialiste pour la France des années 80* (das Sozialistische Projekt für das Frankreich der achtziger Jahre), ein Anfang 1980 verabschiedetes Parteidokument⁹,
- die *110 propositions pour la France* (die 110 Vorschläge für Frankreich), das eigentliche Wahlprogramm von Mitterrand als Kandidat der PS anlässlich der Präsidentschaftswahl von 1981¹⁰.

Das Regierungsprogramm *Changer la vie* und das Sozialistische Projekt für das Frankreich der achtziger Jahre stellen die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auffassungen der PS, in anderen Worten das allgemeine langfristig durchzuführende Gesellschaftskonzept der französischen Sozialisten, dar. Die 110 Vorschläge für Frankreich sind das im Rahmen des Septennats (1981–1988) durchzuführende Programm des am 10. Mai 1981 vom französischen Volk gewählten Präsidenten der Republik, Mitterrand. Sie bilden gleichzeitig auch das Programm der PS für dieselbe Periode.

Wie stellt sich Mitterrand nach über zwei Jahren Machtausübung gegenüber dem sozialistischen Programm? In einem neulichen Interview erklärte er: „Nichts hat sich geändert in mir von dem, was tief ist.“ Er hat auch seinen Willen bekundet, die engagierte Politik vollständig durchzuführen¹¹. Die wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen der PS bleiben also der Leitfaden der französischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der kommenden Jahre (wenigstens bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung von 1986).

I. Das Regierungsprogramm *Changer la vie* von 1972

Das Regierungsprogramm *Changer la vie* wurde vor dem Erdöl-schock von 1973 und der darauf folgenden Weltwirtschaftskrise ausgearbeitet. Es enthält verschiedene nach einem eventuellen sozialistischen Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1973 durchzuführenden Maßnahmen, ist also heute zum Teil überholt. Es stellt aber auch ein Konzept des Sozialismus und der damit verbundenen Wirtschafts- und Sozialpolitik dar, in denen die französischen Sozialisten sich immer noch erkennen.

In der Einleitung stellt Mitterrand das Konzept des Sozialismus vor. Das existierende französische Gesellschaftssystem verwerfend, schreibt er: „Die PS . . . greift das wirtschaftliche und politische System an, das ganze System, auf dem eine ungerechte und verfallende Gesellschaft aufgebaut ist. Und sie schlägt vor, dieses System zu wechseln . . . Die PS ist Erbe einer großen sozialistischen Tradition. Sie bleibt die Partei von Jaurès, von Guesde, von León Blum. Aber die PS ist auch eine neue Partei. Gegründet im Juni 1971, am Kongreß von Epinay-sur-Seine, Einheitskongreß genannt, weil er die verschiedenen sich auf den demokratischen Sozialismus berufenden Bewegungen vereinigt hat, ist sie entschieden in der heutigen Realität verankert. Wenn auch die PS keinem Dogma gehorcht und sich vor jeder offiziellen Doktrin hütet, ist und bleibt der hauptsächlichste theoretische Anteil marxistisch. Aber man soll weder den Einfluß der Genossenschaftsbewegung, noch den selbständigen Beitrag der im sozialistischen Kampf engagierten Christen vergessen“¹².

Mitterrand schreibt weiter: „Die Revolution von 1789 hat die politische Demokratie in Frankreich gegründet. Der Sozialismus . . . wird die Grundlagen der wirtschaftlichen Demokratie schaffen. Die wirtschaftliche Demokratie wird errichtet sein, wenn die Reichtümer denjenigen, die sie schaffen, gehören werden; wenn die Menschen überall Herren der sie betreffenden Entscheidungen sein werden, wenn die Bedarfsdeckung aller vor dem Profit einiger den Vorrang hat . . . Der Sozialismus ist die Vervollkommnung der Demokratie. Man kann sagen, daß, wenn nicht alle Demokraten Sozialisten sind, alle Sozialisten Demokraten sind . . .“¹³.

Zum Hauptziel der Wirtschaftspolitik schreibt Mitterrand: „Die Wirtschaft beherrschen heißt zugleich den heute dem Produktionsapparat unterworfenen Arbeiter befreien und die Gesetze der Wirtschaft meistern . . . Das sozialistische Experiment in Frankreich muß den einer technisch entwickelten Gesellschaft eigenen Restriktionen Rechnung tragen . . . Die sozialistische Regierung kann sich ein Scheitern nicht erlauben. Ihr Programm muß also den größten Wert auf die Erhaltung der für die Expansion unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Gleichgewichte legen . . . Die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichtes ist nicht zu trennen von der Einführung eines neuen Wachstumsmodells . . . Wir befinden uns in einer mit den letzten Phasen der Monarchie vergleichbaren Situation. So wie die Revolution von 1789 den

freien Bürger der politischen Republik geschaffen hat, so wollen die Sozialisten den verantwortlichen Bürger der wirtschaftlichen Demokratie schaffen¹⁴.

Das Regierungsprogramm *Changer la vie* ordnet sich um sechs Hauptthemen: die wirtschaftliche Demokratie, die Macht den Bürgern, das Leben verändern, ein neuer Internationalismus, die Wirtschaft kontrollieren, ein neues Wachstumsmodell. Hier werden nur Elemente der wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen vorgestellt.

Das allgemeine Ziel des Sozialismus ist die Einführung der Selbstverwaltung als „Ideal des Sozialismus . . . Die auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnte Selbstverwaltung bedeutet das Ende der Ausbeutung, das Verschwinden der gegnerischen Klassen, die Abschaffung der Lohnarbeit, die Verwirklichung der Demokratie“¹⁵. Die französische Revolution hat mehr als ein Jahrhundert gebraucht, um sich durchzusetzen. Gegenwärtig soll also die Selbstverwaltung nicht utopischer erscheinen als die parlamentarische Demokratie zur Zeit von Jean-Jacques Rousseau. Ihre Einführung ist natürlich ein langfristiges gesellschaftspolitisches Ziel. Die ersten Schritte auf dem langen Weg zur wirtschaftlichen Demokratie bestehen in:

- der Entwicklung der Demokratie im Unternehmen durch die Einführung eines neuen Arbeitsrechts, der Erweiterung der Arbeiterkontrollen und der gewerkschaftlichen Rechte;
- der Erneuerung, Verstärkung und Ausdehnung des öffentlichen Sektors, in dem die Selbstverwaltung ihr erstes Versuchsfeld finden kann;
- der demokratischen Planung, welche die Beteiligung der Gesamtheit der Bürger an der Auswahl der Hauptziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik sichern soll;
- einer neuen Politik in den Bereichen der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks.

„Jede von einer angeblich fundamentalen Unterscheidung zwischen Besitzer von Kapital und Inhaber der Macht im Unternehmen ausgehende Analyse würde die Wirklichkeit des Kapitalismus verkennen. Man wird nicht die Macht des Großkapitals umstürzen, ohne das kapitalistische Eigentum zu zerstören: die kollektive Aneignung der Produktionsmittel ist die Bedingung einer sozialistischen Leitung“¹⁶. Von diesem Prinzip ausgehend schlägt das Regierungsprogramm *Changer la vie* die Nationalisierung des gesamten Bank- und Finanzsektors sowie wichtiger Teile des Industriesektors vor. Dieses Nationalisierungsprogramm wurde auch im gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken (mit den Kommunisten, 1972) aufgenommen und in den späteren Parteidokumenten der PS bestätigt.

Die Kontrolle der Wirtschaft soll erreicht werden durch:

- die Verteidigung des Wertes der Landeswährung gegen Kapitalflucht und Spekulation, durch die Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und die Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit;
- eine sozialistische Kreditpolitik, deren Ziel zugleich global (Schaf-

- fung einer dem Bedarf der Wirtschaft angemessenen Geldmenge) und selektiv (Steuerung der Investitionen) ist;
- die Reform des Steuersystems, eine neue Verteilung der Einnahmen zwischen dem Staat, den anderen Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung, sowie die Reform des Finanzierungssystems der Sozialversicherung;
 - die Beeinflussung der Wirtschaftsstrukturen durch die Industriepolitik, welche die Autonomie der französischen Wirtschaft gegenüber der technischen und finanziellen Macht der großen (namentlich amerikanischen) Firmen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung, sowie das Wirtschaftswachstum gemäß der neuen Richtung der Nachfrage sichern soll.

Für die französischen Sozialisten bleibt das Regierungsprogramm *Changer la vie* ein Eckstein ihrer Gesellschaftsauffassung. Seit ihrer Machtübernahme im Frühjahr 1981 ist ein breiter Teil des Programms durchgeführt worden. Da aber das Programm vor der Weltwirtschaftskrise ausgearbeitet worden war, bietet es weder eine Analyse dieser Krise noch Vorschläge zu ihrer Überwindung an. Diese findet man im „Sozialistischen Projekt für das Frankreich der achtziger Jahre“.

II. Das *Projet socialiste pour la France des années 80* von 1980

Das Sozialistische Projekt für das Frankreich der achtziger Jahre wurde nach der Niederlage der Linken bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1978 als Alternative zu der vom damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing geführten Politik der Regierung Barre ausgearbeitet. Die Wahlniederlage der Linken war namentlich dargestellt worden als ein Plebiszit zugunsten der von dieser Regierung geführten liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren Hauptziele die Bekämpfung der Inflation und die Anpassung der französischen Wirtschaft an die neue internationale Arbeitsteilung waren. Nach Barre selber ruhte seine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf drei Grundideen: die kollektive Bemühung der Nation, um durch Arbeit und ihre Effizienz ihre relative Armut an Rohstoffen und Energie auszugleichen und so die Erhaltung sowie die weitere Zunahme des Lebensniveaus zu sichern; die Bemühung um die Konkurrenzfähigkeit als alleinige Quelle des Fortschritts und dauerhafte Garantie der Beschäftigung und der Währungsstabilität in einer offenen Wirtschaft; die individuelle oder gemeinschaftliche Initiative in einer Gesellschaft der Freiheit, der Leistung und der Verantwortung¹⁷.

Das Sozialistische Projekt schlägt eine Analyse der zweiten großen Krise des Kapitalismus im 20. Jahrhundert (besonders der Krise der Werte und der ideologischen Restrukturierung des Kapitalismus), der Krise der bürokratischen Gesellschaften (namentlich der sowjetischen Gesellschaft) und der durch das Konzept der *société libérale avancée* (fortgeschrittene liberale Gesellschaft) verkörpertem giscardianischen gesellschaftspolitischen Strategie vor. „Die liberale Logik führt zur

Stilllegung der Firma Frankreich unter dem Vorwand, daß sie nicht rentabel sei¹⁸. Wegen der strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft im Rahmen des internationalen Wettbewerbs kann diese Strategie nur scheitern.

Das Sozialistische Projekt umfaßt drei Teile: Verstehen (Analyse der Krise), Wollen (der Kern des Projektes: die Werte der Demokratie, der Kenntnis, der Schöpfung und der Geschichte), Wirken. Den dritten Teil stellt das Gesellschaftsprojekt, durch die Bejahung von vier Prioritäten, dar:

- das soziale Wachstum, das Recht auf die Beschäftigung;
- verantwortliche Menschen durch die Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer, durch die Ausdehnung der Möglichkeiten der Beteiligung am politischen Leben im Rahmen der Gebietskörperschaften (besonders der lokalen Gebietskörperschaften durch die Dezentralisierung) und der Verbände, sowie die Förderung der Kultur;
- die Zeit und der Sinn zum Leben durch die Anerkennung der Rechte des Kindes, der Familie und der Jugend, sowie durch die Durchführung eines nationalen Plans des Sozialschutzes und die Verwirklichung eines gemeinschaftlichen Gesundheitsdienstes;
- ein unabhängiges und weltoffenes Frankreich, Verfechter der Menschen- und Völkerrechte, der gerechteren Organisation des Welthandels, der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit, des Europas der Arbeiter und der Völker.

Die erste Priorität stellt die wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen des Sozialistischen Projektes dar, indem sie eine „andere Logik der Entwicklung“ zur Überwindung der Krise vorschlägt. Die Hauptziele des sozialen Wachstums sind die Vollbeschäftigung, die Reduzierung der Ungleichheiten, die Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen, eine den wirklichen Bedürfnissen besser angepaßte Produktion und Konsumtion, eine im Verbrauch von Energie und Rohstoffen sparsamere Gesellschaft, die Achtung der Umwelt und eine weder dominierende noch dominierte Wirtschaft. Diese Ziele müssen durch ein starkes und differenziertes, zugleich durch den Konsum und durch die Investition stimuliertes Wachstum erreicht werden.

Der Markt allein erlaubt es nicht, die Krise zu überwinden. Er „liefert täglich den Beweis seiner Unfähigkeit, die großen Funktionen der Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen: Sparen – Investition, Produktion – Verbrauch. Täglich machen Tausende von Menschen, zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert, die Erfahrung der Wirtschaftskrise. In den Gesetzen des Marktes können sie nur ein zur Begünstigung der Mächtigen zum Nachteil der Schwächsten gemachtes System erkennen. Je reicher man ist, desto mehr hat man Aussichten, sich noch weiter zu bereichern. Je mehr man bedürftig ist, desto weniger hat man Möglichkeiten, aus dem Kreis der Ungleichheit und der Armut herauszukommen. Die globale Regulierung durch den Markt ist das Funktionsgesetz der kapitalistischen Wirtschaft; sie bildet vorzugsweise die kapitalistische Technik der Organisation, der Bewirtschaftung der knappen Mittel, zugunsten der Besitzer der Macht und des Kapitals“¹⁹.

Die Krise erfordert die Wiederinstandsetzung der Planungsmechanismen, die es allein erlauben, wieder einen Gesamtüberblick der Situation zu bekommen und die Entscheidungen für eine grundlegende Wendung bewußt zu treffen. Dieses Verhalten stößt die Faktoren der Entscheidung um. Der Maßstab des Profits für einige wird schrittweise durch die Norm des sozialen Nutzens ersetzt werden. Die Planung wird einen vertraglichen Charakter haben.

Der Plan wird zur Erreichung von zwei wirtschaftspolitischen Hauptzielen beitragen:

- Umgestaltung des Produktionsapparates durch die Verstärkung und Diversifizierung der industriellen Struktur, Umwandlung des Energiesystems, Entwicklung der Landwirtschaft als Faktor der Raumordnung und der internationalen Kooperation, Entwicklung des Binnenhandels und der Dienstleistungen, Förderung der Forschung und des technischen Fortschritts;
- die Herstellung der fundamentalen Gleichgewichte der Wirtschaft durch die Bereitstellung des Sparens und dessen Lenkung zur produktiven Investition, die Steuerreform, die Stabilisierung der Preise und des Außengleichgewichts.

Für die Sozialisten ist die Vollbeschäftigung das Hauptziel des sozialen Wachstums. Die Organisation des Rechts auf Beschäftigung verlangt die Wiederherstellung der schützenden und vereinheitlichenen Rolle des Arbeitsrechts, das Ende der willkürlichen Ausübung der Unternehmermacht im Gebiet der Beschäftigung und die Organisation der Sicherheit der Beschäftigung.

Das Sozialistische Projekt bleibt das Gesellschaftsprojekt der PS. Der Kongreß von Créteil hat, im Januar 1981, ein Manifest und 110 Vorschläge für Frankreich als Wahlprogramm des sozialistischen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl von April-Mai 1981 angenommen.

III. Die 110 Propositions pour la France von 1981

Von den 110 Vorschlägen, die, nach dem Erfolg des 10. Mai 1981 das Programm des Septennats von Präsident Mitterrand bilden, werden hier nur die wirtschafts- und sozialpolitischen Hauptvorschläge dargestellt:

- Priorität für den Nord-Süd-Dialog, für die Einführung einer neuen Ordnung der Weltwirtschaft;
- ein neues internationales Währungssystem durch die Reform des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank; Ausdehnung der Entwicklungshilfe;
- Fortsetzung der Europapolitik, namentlich mit dem Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft;
- Programm der Wirtschaftsbelebung mit Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung, Preise, technologische Entwicklung und Lebensbedingungen;
- Maßnahmen zur Förderung der Industrieentwicklung in den Sekto-

ren der Elektronik, der Energie, der Anlageinvestitionsgüter, des Verkehrswesens und des Fahrzeugbaues, der Chemie und der Bioindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, sowie der Nahrungsmittelinindustrie, zur Wiedereroberung des Binnenmarktes und Arbeitsplatzbeschaffung;

- ein Programm für große öffentliche Investitionen für den Bau von Sozialwohnungen und gemeinschaftliche Einrichtungen;
- Förderung der Forschung, deren Anteil am Bruttosozialprodukt 1985 2,5 Prozent erreichen soll;
- Wiederbelebung einer demokratisierten und dezentralisierten Planung zur Realisierung des sozialen Wachstums, dessen Determinanten die Dynamik des öffentlichen Sektors, die Investitionsförderung, die Zunahme der unteren Einkommen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein werden;
- Verteidigung des Franc gegen die Spekulation und Verminderung der Abhängigkeit des Wachstums von Importen;
- Ausdehnung des öffentlichen Sektors durch die Nationalisierung der im Sozialistischen Programm und im Gemeinsamen Programm vorgesehenen neun Industriegruppen, der Eisen- und Stahlindustrie, der durch öffentliche Mittel finanzierten Tätigkeitsbereiche Rüstung und Raumfahrt, Vollendung der Nationalisierung des Kredit- und Versicherungswesens;
- Schaffung von über 200.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst;
- Maßnahmen zur Erweiterung der Arbeitnehmerrechte, schrittweise Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden nach Verhandlung zwischen den Sozialpartnern, Verallgemeinerung der fünften Urlaubswoche;
- Diversifizierung der Energieversorgung, namentlich mit einer Überprüfung des Kernenergieprogramms, Ausarbeitung eines Energie-sparprogramms;
- Steuerreform, namentlich mit der Einführung einer progressiveren Vermögenssteuer, Förderung des Sparens;
- Vorschläge zur Reform der gemeinschaftlichen Landwirtschaftspolitik, Reorganisation der Agrarmärkte;
- Erhöhung des Mindestlohnes und Veränderung der Einkommensverteilung, Maßnahmen zugunsten der Körperbehinderten, der Jungen, der Familien, der Gastarbeiter, der Arbeitslosen, Erhöhung des Mindesteinkommens der älteren Menschen;
- Dezentralisierung des Staates, Einsetzung von gewählten Regionalräten und Reform der lokalen öffentlichen Finanzen;
- Dezentralisierung der Leitung des öffentlichen Sektors mit Beteiligung von Arbeitnehmervertretern an den Leitungsgremien;
- gleiche Rechte für Frauen in allen Bereichen des Wirtschafts- und Soziallebens;
- Recht auf volle Pension für Männer ab 60 Jahren und Frauen ab 55 Jahren;
- Erneuerung der Gesundheits-, Wohnungs-, Erziehungs-, Informations-, Wissenschafts-, Kultur-, Umwelt- und Sportpolitik.

Mitterrands Wirtschafts- und Sozialprogramm ist durch den Willen, soziale Gerechtigkeit mit ökonomischer Effizienz zu vereinigen, geprägt. Dabei steht die Sorge nach einer größeren sozialen Gerechtigkeit an erster Stelle und dies besonders unter der Berücksichtigung der Reduzierung der Arbeitslosigkeit, da jeder Mensch ein natürliches Recht auf Arbeit hat. Das Programm betont aber auch die Bedeutung von wirtschaftlicher Effizienz. Der Sozialismus des 19. Jahrhunderts kümmerte sich fast einzig und allein um die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Mitterrands Sozialismus betont verstärkt die Notwendigkeit des Wachstums der Produktion, das allein ermöglicht die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und das Lebensniveau der Bevölkerung zu verbessern.

Die Durchführung von Mitterrands Wirtschafts- und Sozialprogramm verlangt die ständige Bemühung zur Überwindung von eventuellen Gegensätzen, beispielsweise zwischen der Staatsintervention zur Wachstumsförderung (etwa durch die Tätigkeit des erweiterten öffentlichen Industrie- und Kreditsektors, die Maßnahmen zur Förderung von Konsumtion und Investition) und dem Vertrauen in die Konkurrenz als Mittel der Preisregulierung und in die Dynamik der Privatwirtschaft, zwischen kurzfristigen Maßnahmen zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit zwecks Wiederbelebung der Nachfrage und den mittel- und langfristig sich ergebenden Problemen von Steuer- und Sozialversicherungsbeitrags-erhöhungen oder der inflationsbeschleunigenden Wirkung einer Expansion des Geldvolumens, allgemein zwischen dem Willen, schnell die Gesellschaft verändernde Reformen durchzuführen (wie die Reform des Steuersystems, namentlich mit der Schaffung einer den großen Vermögen auferlegten Steuer) und der Notwendigkeit, das Sparen und die Investitionen der Privatwirtschaft zu fördern (da die französische Wirtschaft im wesentlichen eine Marktwirtschaft bleibt) und einen Grundkonsens für die Steuerreform zu suchen, zwischen der kurzfristigen Versuchung des Protektionismus (als mögliches Mittel der Wiedereroberung des Binnenmarktes) und der langfristigen Behauptung im internationalen Wettbewerb etc.

Nach dem Machtwechsel im Frühjahr 1981 hat die französische Regierung wichtige Strukturreformen unternommen.

B. Die Strukturreformen

Das nach dem 10. Mai eingeleitete wirtschafts- und sozialpolitische Reformprogramm ist zu vielseitig, um hier in seiner Gesamtheit dargestellt werden zu können. Nur die fundamentalen Strukturreformen auf den Gebieten der Nationalisierungen, der Dezentralisierung, der neuen Rechte für die Arbeitnehmer und der Planung werden hier kurz vorgestellt.

I. Die Nationalisierungen

Warum die Nationalisierungen? Präsident Mitterrand hat sie wiederholt ausführlich begründet²⁰.

Vier Hauptpunkte sollen hervorgehoben werden:

- Die Nationalisierungen haben eine symbolische Dimension für die Linke, weil sie an die großen Momente der Geschichte des zeitgenössischen Frankreich erinnern, namentlich an die Volksfrontregierung von Léon Blum und an die Befreiungsregierung von Charles de Gaulle.
- Die Nationalisierungen haben einen politischen Grund, weil das Eigentum der Produktionsmittel ein wesentlicher Schlüssel zur Macht ist und die Wirksamkeit der Staatsinterventionen die öffentliche Aneignung der wichtigsten Produktionsmittel verlangt.
- Die Nationalisierungen haben eine wirtschaftliche Rechtfertigung, weil sie der Regierung die Mittel einer rationalen und autonomen Wirtschaftspolitik (besonders Industrie- und Technologiepolitik) geben.
- Die Nationalisierungen haben einen sozial- und gesellschaftspolitischen Grund, weil sie einen entscheidenden sozialen Fortschritt bringen und die Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Leitung des Unternehmens erlauben und so eine wesentliche Grundlage der wirtschaftlichen Demokratie bilden.

Bei der Debatte über die seit dem 10. Mai 1981 durchgeführten Nationalisierungen wurden die wirtschaftlichen Begründungen besonders hervorgehoben. Die Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre hat ganz besonders die Schwächen des französischen Produktionssystems verdeutlicht²¹. Eine ausgewogene und autonome Strukturpolitik erfordert, daß ihr Eckstein, die Industriepolitik, auf einer forcierten Entwicklung der sich in öffentlicher Hand befindenden Schlüsselindustrien aufbaut²².

Frankreich hat drei Nationalisierungswellen erlebt:

- Die erste, 1936–1937, beschränkte sich auf einige Rüstungsindustrien, in denen der Staat eine Mehrheitsbeteiligung erwarb, und auf die Schaffung der *Société nationale des chemins de fer français* (SNCF, französische Staatsbahn).
- Die zweite, 1944–1946, war viel wichtiger und betraf die Kohlenbergwerke, die Produktion und die Distribution von Elektrizität und Gas, die Seeschifffahrt und den Luftverkehr, gewisse Gesellschaften des Flugzeugbaus und der Automobilindustrie, die Banque des France (Bank von Frankreich, Zentralbank), die vier größten Depositenbanken und die Versicherungsgesellschaften.
- Die dritte, 1981–1982, ist die umfangreichste²³.

Das Nationalisierungsprogramm von 1981 wurde in mehreren Etappen und verschiedenen Formen durchgeführt:

- Das Finanzgesetz vom 18. November 1981 wandelte die vom Staat den Gesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie gewährten Darlehen in Aktien um.

- Das Nationalisierungsgesetz vom 11. Februar 1982 nationalisierte auf der Ebene der Muttergesellschaften und mit Entschädigung der Aktionäre fünf wichtige Industriegruppen, neununddreißig Banken und zwei Finanzgesellschaften²⁴.
- Parallel dazu wurden mit den interessierten Partnern Verhandlungen, die zu mehrheitlichen Beteiligungen in den Gesellschaften Matra und Dassault führten, sowie in den Gesellschaften mit bisher starker ausländischer Beteiligung (CII-Honeywell Bull, ITT France, Roussel-Uclaf; in letzterer Gesellschaft wird sich die Beteiligung des französischen Staates zuerst auf eine Sperrminorität von 34 Prozent beschränken und schrittweise auf 50 Prozent gesteigert werden).

Die Nationalisierungen von 1981–1982 haben also sowohl den Industriesektor als auch den Banksektor betroffen.

Im Bereich der Industrie wurden nationalisiert:

- fünf der größten noch privaten französischen Industriegesellschaften: Compagnie générale d'électricité (CGE), Rhône-Poulenc, Pechiney-Ugine-Kuhlmann (PUK), Compagnie de Saint-Gobain, Thomson-Brandt;
- drei Gesellschaften mit starker ausländischer Beteiligung: CII-Honeywell Bull, ITT France, Roussel-Uclaf;
- zwei Gesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie: Usinor und Sacilor;
- die Gesellschaften Matra und Dassault-Bréguet.

Das ergibt zusammen zwölf große multisektorale Unternehmen, deren Tätigkeitsbereiche reorganisiert worden sind oder werden sollen.

Die Nationalisierungen haben natürlich das Gewicht des öffentlichen industriellen Sektors in der gesamten Industrie erheblich vergrößert (Tabelle 1).

Das Nationalisierungsgesetz vom 2. Februar 1982 gab dem Staat das volle Eigentum des Kapitals der auf der Liste des *Conseil national du crédit* eingetragenen Banken, deren Gesellschaftssitz in Frankreich ist, sobald sie am 2. Januar 1981 wenigstens eine Milliarde Franc an Sichteinlagen oder gewissen anderen Formen von Anlagen halten. Auf der Grundlage dieses Kriteriums wurden 39 Banken nationalisiert. Dasselbe Nationalisierungsgesetz erfaßte auch zwei Finanzgesellschaften: die Compagnie financière de Paris et des Pays-Bas und die Compagnie financière de Suez²⁵.

Im Banksektor im engeren Sinne haben die neuen Nationalisierungen den Anteil des öffentlichen Sektors bei den Sichteinlagen und in den flüssigen und kurzfristigen Anlagen von 63,1 Prozent auf 90,1 Prozent gesteigert, den Anteil der der Wirtschaft gewährten Kredite von 54,2 auf 84,7 erhöht. Die Arbeitskräfte des öffentlichen Sektors erreichen nach den Nationalisierungen 89,9 Prozent der gesamten Arbeitskräfte der eingetragenen Banken.

Nach den Nationalisierungen von 1981–1982 ist die Rolle des gesamten öffentlichen Sektors Frankreichs bedeutend gestiegen. Gegenwärtig hat dieser Sektor einen Anteil von 14,5 Prozent an den gesamten Erwerbstätigen des Markt-Sektors exklusive Land- und Forstwirtschaft.

Tabelle 1

**Die Situation des öffentlichen und industriellen Sektors in der
gesamten Industrie Frankreichs vor und nach den Nationalisierungen
von 1981/1982**

Industrie (im engen Sinne)	Arbeits- kräfte		Betriebs- überschuß		Investi- tionen		Exporte	
	Vor- her	Nach- her	Vor- her	Nach- her	Vor- her	Nach- her	Vor- her	Nach- her
Eisen- und Stahl- industrie, Erze, Rohstoffe, verschie- dene Metalle	4,3	38,8	5,1	41,4	8,7	32,7	3	57,4
Chemische Industrie	10,6	35,5	7,5	37,4	7,3	33,9	12,5	40,1
Maschinenbau und Elektroindustrie	9,7	22,7	4,2	24,8	14,1	25,7	17,3	32,6
Sonstige Industrien	0,3	1,9	0,3	2,5	0,6	3	0,3	4,2
	6,1	18,6	8	22,5	9,2	23,8	12,2	32,1

Quelle: BIZAGUET (Armand), L'importance des entreprises publiques dans l'économie française et européenne après les nationalisations de 1982, *Revue économique*, 1. Band, Mai 1983, Nr. 3, S. 455.

schaft, von 17,2 Prozent des Betriebsüberschusses und 33,5 Prozent der Bruttoanlageinvestitionen desselben Bereichs (Tabelle 2)²⁶.

Nach den Nationalisierungen von 1981–1982, steht der französische öffentliche Sektor an der Spitze der westeuropäischen öffentlichen Sektoren (Österreich ausgenommen). Sein Einfluß verstärkte sich in der Industrie und entscheidend im Finanzsektor. Eine bevorstehende Reform soll das gesamte Kreditsystem modernisieren und seine Effektivität erhöhen²⁷.

Die Gesamtkosten der Nationalisierungen können auf 35 Milliarden Franc geschätzt werden, der Schuldendienst erreicht jährlich (zu gegenwärtigen Raten) ungefähr 6 Milliarden Franc. Gegen ihre Titel haben die Aktionäre von der durch das Nationalisierungsgesetz vom 2. Februar 1982 geschaffenen *Caisse nationale de l'industrie* (Nationalkasse der Industrie) und *Caisse nationale des banques* (Nationalkasse der Banken) emittierte Staatsobligationen bekommen²⁸.

Die Kosten der Nationalisierungen beschränken sich natürlich nicht auf die Entschädigungen. Der Staat muß die öffentlichen Unternehmen auch eventuell weiter finanziell unterstützen, um es ihnen zu erlauben, ihre Bilanzen auszugleichen, sowie die im Rahmen der Industrie- und Raumordnungspolitik notwendigen bedeutenden Investitionen zu realisieren.

Tabelle 2

**Der gesamte öffentliche Sektor Frankreichs vor und nach den
Nationalisierungen von 1981/1982**

Gesamtheit des öffentlichen Sektors	Vor den Nationalisierungen	Nach den Nationalisierungen
Zahl der Beschäftigten in öffentlichen Unternehmen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor	1,633.000	2,294.400
Anteil der im öffentlichen Sektor Beschäftigten am Marktsektor (ohne Land- und Forstwirtschaft)	11,8	16,6
Anteil der im öffentlichen Sektor Beschäftigten an der gesamten Erwerbsbevölkerung des Marktsektors (ohne Land- und Forstwirtschaft)	10,3	14,5
Anteil des Betriebsüberschusses der öffentlichen Unternehmen am gesamten Betriebsüberschuß des Marktsektors (ohne Land- und Forstwirtschaft)	13	17,2
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen der öffentlichen Unternehmen an denen des Marktsektors (ohne Land- und Forstwirtschaft)	30	33,5

Quelle: BIZAGUET (Armand), L'importance des entreprises publiques dans l'économie française et européenne après les nationalisations de 1982, *Revue économique*, 34. Band, Mai 1983, Nr. 3, S. 460.

Die 1981 und 1982 nationalisierten Unternehmen gehören zum marktwirtschaftlichen Sektor. Sie werden eine weitgehende Leitungsautonomie behalten. Mit dem Staat werden sie aber durch die *contrats de plan* (Planverträge) verbunden sein. Nach dem Wort des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Xavier Greffe sind diese Planverträge „Brücken zwischen den Interessen der Unternehmen und denjenigen der Nation“²⁹. Die vom Plan angegebenen Ziele erlauben es, die Tätigkeit der öffentlichen Unternehmen zu organisieren. Für die Regierung sollen die öffentlichen Industrieunternehmen eine Hauptrolle bei der

Überwindung der Wirtschaftskrise spielen, wobei angestrebt wird: Wiederbelebung der produktiven Investitionen, industrielle Restrukturierungen, technologische Modernisierung, Dynamisierung des industriellen Bereichs, Wiedereroberung des Binnenmarktes, Schaffung von Arbeitsplätzen . . .³⁰. Durch die Vielfältigkeit ihrer Tätigkeiten können sie dem Staat die Initiative bei der Entwicklung der wichtigsten Produktionszweige ermöglichen.

Auch ohne Nationalisierung hätte der Staat mehrere öffentliche Unternehmen besonders in den Bereichen der Eisen- und Stahlindustrie, des Aluminiums und der Basischemie durch öffentliche Gelder unterstützen müssen, um Konkurse mit schweren sozialen, regionalen und finanziellen Folgen zu vermeiden.

Die öffentlichen Unternehmen sollen auch ein Instrument der Erneuerung der Raumordnungspolitik im Rahmen der Dezentralisierung sein.

II. Die Dezentralisierung

Fast zwei Jahrhunderte trennen die Auflösung der „provinces“ (Provinzen) des alten Regimes bei der Bildung der „départements“ (Departements) durch die Revolution (1790), von der Schaffung der 22 régions (Regionen) durch das Gesetz vom 5. Juli 1972. Das Gesetz von 1972 gab den Regionen die Rechts- und Finanzpersönlichkeit. Sie verweigerte ihnen aber den Status der Gebietskörperschaft³¹.

Das Gesetz vom 2. März 1982 bezüglich der Rechte und Freiheiten der Gemeinden, der Departements und der Regionen bildet den Eckstein der Dezentralisierungspolitik³². „Die Gemeinden, die Departements und die Regionen werden frei verwaltet durch gewählte Räte“. Die Regionen haben nun den Status der Gebietskörperschaft. Ihre Verwaltung ist in den Händen des nach dem direkten allgemeinen Stimmrecht gewählten Regionalrats, dessen Präsident das Organ der Exekutive der Region ist. Verschiedene Gesetze bestimmen die Durchführungsmodalitäten der Dezentralisierung: Abschaffung des Aufsichtsrechts der übergeordneten Behörde und Wechsel der Exekutivgewalt, Übertragung der Befugnisse, Bildung eines territorialen Beamtenstabes³³.

Der Regionalrat hat nun Kompetenzen erhalten, um die wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung der Region und ihre Raumordnung zu fördern und die Wahrung ihrer Identität zu sichern. Durch seine Stellungnahmen wirkt er bei der Ausarbeitung des Nationalplanes mit. Er bearbeitet und genehmigt den Regionalplan unter Beachtung der Orientierungen des Nationalplanes.

Die Dezentralisierung macht aus den verschiedenen Gebietskörperschaften wichtige Entscheidungsträger in wesentlichen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik³⁴. „Im Hinblick auf die seit über zweihundert Jahren bestehende, von Richelieu begründete zentralistische Struktur, ist die Dezentralisierung vermutlich das einschneidendste an inneren Reformen, was von einer Regierung in Frankreich überhaupt betrieben worden ist“, schreibt ein deutscher Kommentator³⁵.

Die Dezentralisierung bedeutet einen wesentlichen Schritt auf dem Weg der Entfaltung der politischen Demokratie. Die neuen Rechte der Arbeitnehmer stellen eine wichtige Stufe in dem langen Marsch zur wirtschaftlichen Demokratie dar.

III. Die neuen Rechte der Arbeitnehmer

Mehrere der 110 Vorschläge für Frankreich versprachen die Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer. Nach dem Machtwechsel von 1981 und im Auftrag des Präsidenten der Republik legte der Arbeitsminister Jean Auroux einen „Bericht über die Rechte der Arbeitnehmer“ vor (8. Oktober 1981). Die Grundidee des Berichts ist, daß die Arbeitnehmer Bürger im vollen Sinne des Wortes an ihrem Arbeitsplatz und Vollbeteiligte des Wandels im Unternehmen sein sollen, um einen neuen Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie zu schaffen. Der Bericht Auroux schlägt im wesentlichen vor: Die Erneuerung und die Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer, Ausbau der Rechte auf Bildung – mit Einschluß derjenigen der gewerkschaftlichen Funktionäre – Gesundheit, Sicherheit und Information, Einführung der staatsbürgerlichen Grundrechte in das Unternehmen in den mit den Gegebenheiten der Produktion zu vereinbarenden Grenzen, die Verstärkung der Arbeitnehmer (mit der Erweiterung der Rolle der Vertretungsorgane) und die Erneuerung der Kollektivverhandlungen (um eine aktive Vertragspolitik anzukurbeln)³⁶.

Der Bericht Auroux und das nach seinen Vorschlägen reformierte Arbeitsrecht haben zu einer wichtigen Umgestaltung des Arbeitsgesetzbuches geführt. Im Jahre 1982 wurden nacheinander vier Gesetze (*Lois Auroux*, Auroux-Gesetze genannt) verabschiedet:

- das Gesetz vom 4. August 1982 bezüglich der Rechte der Arbeiter im Unternehmen (Betriebsordnung, Schutz der Arbeitnehmer, Disziplinarrecht³⁷,
- das Gesetz vom 28. Oktober 1982 bezüglich der Bildung der Vertretungsorgane der Belegschaft³⁸,
- das Gesetz vom 13. November 1982 bezüglich der Kollektivverhandlung und der Schlichtung der kollektiven Arbeitsstreitigkeiten³⁹,
- das Gesetz vom 23. Dezember 1982 bezüglich der Ausschüsse für Betriebshygiene, Arbeitssicherheit und Arbeitsbedingungen⁴⁰.

Neben den *Lois Auroux* wurden viele andere sozialpolitische Maßnahmen beschlossen, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden können. Hier sollen nur erwähnt werden, die Festsetzung der gesetzlichen wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden anstatt 40 Stunden (vom 1. Februar 1982) und die Festsetzung des bezahlten Urlaubs auf fünf Wochen pro Jahr (Verordnung vom 16. Januar 1982), die den kurzfristigen Einsatz von Ersatzkräften und die befristeten Arbeitsverträge betreffenden Gesetzgebungen (Verordnungen vom 5. Februar 1982), die die Teilzeitbeschäftigung und die Solidaritätsverträge betreffenden Gesetzgebungen (Verordnungen vom 26. März 1982, 16. und

30. Januar 1982), die die Einstellung der Jugendlichen, das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mit 60 Jahren und die Urlaubsansprüche betreffenden Rechtsnormen (Verordnungen vom 26. März 1982).

Die *Lois Auroux*- und verschiedene andere sozialpolitische Maßnahmen wurden vom Unternehmertum scharf kritisiert⁴¹. Sie haben jedoch entscheidend daran mitgewirkt, Frankreich ein modernisiertes und humaneres, anderen westeuropäischen Ländern ähnliches Arbeitsrecht zu geben. Andererseits darf man von einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Unternehmen auch eine Zunahme der Produktivität erwarten⁴².

Das Gesetz vom 26. Juli 1983 bezüglich der Demokratisierung des öffentlichen Sektors bestimmt, daß der Verwaltungsrat oder der Aufsichtsrat der betroffenen Unternehmen neben den Vertretern des Staates oder der Aktionäre auch aus gewählten Vertretern der Arbeitnehmer besteht. Es sieht auch zusätzliche Bestimmungen bezüglich der individuellen Rechte der Arbeitnehmer, der Ausübung der Gewerkschaftsrechte und der Tätigkeit des Unternehmensausschusses vor⁴³.

Die Nationalisierungen, die Dezentralisierung und die neuen Rechte der Arbeitnehmer sollen dazu beitragen, der Planung eine neue Dimension und eine größere Wirksamkeit zu geben.

C. Die Planung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Frankreich ein System der indikativen Planung eingeführt⁴⁴. Der Plan ist das mittelfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklungskonzept der Nation. Er soll die Entscheidungen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte koordinieren helfen. Mit der Öffnung der Wirtschaft und der „Liberalisierung“ der Wirtschaftspolitik hatte er viel an Bedeutung verloren. Der 19. der 110 Vorschläge für Frankreich bekräftigt, daß der demokratisierte und dezentralisierte Plan der wirtschaftlichen Entwicklung einen neuen Inhalt geben wird.

Seit 1966 sind die französischen Pläne Fünfjahrespläne. Bei der Präsidentschaftswahl von 1981 war der VIII. Plan (1981–1985) noch nicht verabschiedet⁴⁵. Nach dem Machtwechsel beschloß die Regierung Mauroy auf das die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der Regierung Barre darstellende Konzept des VIII. Planes zu verzichten, einen auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit orientierten *Plan intérimaire* (Interim-Plan) für 1982 und 1983 auszuarbeiten, eine Reform des gesamten Planungssystems zu unternehmen und wieder einen Fünfjahresplan für die Jahre 1984–1988 auszuarbeiten.

I. Der Interim-Plan für die Jahre 1982 und 1983

Der *Plan intérimaire pour 1982 et 1983* wurde zum Jahresbeginn 1982 als Gesetz verkündet⁴⁶. Er drückt den Willen der Regierung, der

Planung eine Hauptrolle in der Orientierung und der Durchführung der Wirtschafts- und Sozialpolitik wiederzugeben, folgendermaßen aus:

- Die Arbeitslosigkeit ist Kernpunkt der Krise. Sie hat die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, zwischen Altersklassen, zwischen den sozialen Gruppen, sowie Regionen, vertieft.
- Gegenüber der Krise ist die liberale Wirtschaftspolitik gescheitert. Die Planung ist schrittweise ihres Inhalts beraubt worden.
- Die Blockierungen der französischen Gesellschaft sind verschärft worden. Viele Hindernisse sind zu beseitigen, um die Erneuerung und die Entwicklung der Solidarität und des demokratischen Lebens zu sichern.

Darum muß der Interim-Plan mehreren mit der Erbschaft verbundenen Herausforderungen die Stirn bieten: einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, einem veralterten Produktionssystem, einer hohen Inflationsrate und einem schweren Außenhandelsdefizit. Es ist also notwendig, das Produktionssystem zu erneuern, die Tendenz in der Beschäftigung umzukehren und die Bedingungen einer Umwandlung der Strukturen der französischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit vorzubereiten.

Der Interim-Plan schlägt eine Strategie für die Beschäftigung mit sechs Zielen vor: die Schaffung von 400.000 bis 500.000 Arbeitsplätzen in zwei Jahren, ein wirtschaftliches Wachstum von 3 Prozent, eine Reduzierung der Arbeitszeit (35 Stunden pro Woche im Jahre 1985), eine gerechte Verteilung der Früchte des Wachstums, die Wahrung der Kaufkraft der Löhne, eine Hebung der unteren Einkommen. Diese Strategie beruht auf vier Politiken:

- auf einem dauerhaften und autonomen Wachstum;
- auf einem Programm der nationalen Solidarität (mit einer gerechten Verteilung der Arbeit, der Einkommen und der Verantwortung);
- einer wirksamen Reorientierung der öffentlichen Finanzen (mit den Zielen der Verbesserung der Lebensbedingungen der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erneuerung des Produktionssystems);
- auf einem intensiveren Kampf gegen die Inflation (durch eine angemessene Geldpolitik und eine konzentrierte Zurückhaltung bei Preisen und Nominaleinkommen).

Längerfristige Mittel dieser Strategie sind die während der Periode des Interim-Plans durchgeführten Strukturreformen: die Erweiterung des öffentlichen Sektors, die neuen Rechte der Arbeitnehmer, die Stärkung der Unternehmen (mit der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und Erneuerung des Förderungssystems), die Entwicklung der Infrastruktur (mit einer neuen Verkehrspolitik und der Entwicklung des Fernmeldewesens), die Dezentralisierung und die regionale Entwicklung. Die Entwicklung der Produktionstätigkeit soll durch die Erneuerung der Industrie, die Belebung von Forschung und Entwicklung, die Reduzierung der Energieabhängigkeit, die Förderung des Bauwesens, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen gefördert werden⁴⁷. Verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Solidarität, der Kultur und der Entwicklungshilfe sind ebenfalls vorgeschlagen.

Wegen der Weltwirtschaftskrise, der Dollarkursentwicklung und der inneren Schwächen der französischen Wirtschaft werden die Wachstums-, Beschäftigungs-, Inflations- und Außenwirtschaftsziele des Interim-Plans kaum erreicht werden. Aber sicher kann man es der seit dem 10. Mai 1981 geführten Wirtschafts- und Sozialpolitik zuschreiben, daß in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit in Frankreich weniger zugenommen hat als in anderen großen Industrieländern und sich (wenigstens vorläufig) auf etwas über 2 Millionen Arbeitslose stabilisiert hat⁴⁸. Andererseits hat auch der Interim-Plan die Hauptaufgabe der französischen Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre bekräftigt: die Erneuerung des Produktionssystems im Rahmen einer dynamischen Industriepolitik. Mit Recht behauptet der Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors: „Die gegenwärtige technologische Revolution beweist, daß die Industrie nach wie vor der Motor des Erfolges ist“⁴⁹. Die Reform des gesamten Planungssystems soll diese Erneuerung des Produktionssystems fördern.

II. Die Reform der Planung

Das Gesetz vom 29. Juli 1982 bezüglich der Reform der Planung setzt die Prinzipien und die Methoden der nationalen und der regionalen Planung fest⁵⁰.

Der Plan der Nation bestimmt die strategische Orientierung und die mittelfristigen Ziele der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Nation, sowie die dafür notwendigen Mittel. Die Regierung beteiligt den Wirtschafts- und Sozialrat⁵¹, die Sozial- und Wirtschaftspartner und die Regionen an seiner Ausarbeitung.

Der Plan der Nation besteht aus zwei Teilen, die beide als Plangesetze beschlossen werden:

- Das erste Plangesetz bestimmt für eine Dauer von fünf Jahren, die strategischen Ziele, sowie die dazu notwendigen Aktivitäten. Formal gesehen besteht es in der Genehmigung eines von der Regierung, auf der Basis der Arbeiten und Beratungen der nationalen Planungskommission vorbereiteten Berichtes.
- Das zweite Plangesetz bestimmt die zur Erreichung der Ziele des ersten Plangesetzes durchzuführenden juristischen, finanziellen und administrativen Maßnahmen. Für die Dauer des Planes setzt es prioritäre Durchführungsprogramme fest und präzisiert die Bedingungen der wirtschaftlichen Intervention der Gemeinden, der Départements und der Regionen.

Für jeden Plan wird eine nationale Planungskommission geschaffen. Sie besteht aus Vertretern der Regionen, der Sozialpartner sowie verschiedenen Vertretern der Wirtschaft und Gesellschaft Frankreichs. Sie führt die zur Ausarbeitung des Planes notwendigen Beratungen durch und beteiligt sich an der Aufsicht seiner Durchführung.

Der Staat kann mit den Gebietskörperschaften, den Regionen, den

öffentlichen oder privaten Unternehmen und eventuell anderen juristischen Personen, Planverträge abschließen. Diese Planverträge bestehen aus gegenseitigen Verpflichtungen der Partner zur Durchführung des Planes und seiner Programme.

Der Plan der Region bestimmt die mittelfristigen Ziele der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Region während der Durchführungsperiode des Planes der Nation. Er wird ausgearbeitet und genehmigt nach dem von jedem Regionalrat festgesetzten Verfahren, im Rahmen dessen die Departements, der regionale Wirtschafts- und Sozialausschuß und die Wirtschafts- und Sozialpartner der Region zu Rate gezogen werden müssen.

Der 9. Plan ist der erste im Rahmen des neuen Planungssystems ausgearbeitete Plan.

III. Der 9. Plan 1984–1988

Mitte Juli 1983 ist das erste Plangesetz verkündet worden⁵². Als Strategie der nächsten fünf Jahre schlägt es die Modernisierung Frankreichs vor. Die Grundziele sind folgende:

- das Ansehen Frankreichs in der Welt sichern (durch die Beibehaltung der Öffnung der Grenzen, die Beteiligung am Aufbau Europas, die Solidarität mit der Dritten Welt und die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit),
- die Beschäftigung fördern (Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit in verschiedenen Bereichen, Reduzierung und Umgestaltung der Arbeitszeit),
- die Zukunft der Jugend sichern (Erneuerung des Bildungssystems in seinem kulturellen Gehalt, in seiner sozialen Funktion und in seinen Beziehungen zur Produktion),
- die Reduzierung der Ungleichheit (durch eine bessere Kenntnis der Einkommensverteilung, die Verfolgung des Kampfes gegen den Steuerbetrug, die Aufbesserung der niedrigen Löhne, die Steuerreform . . .)⁵³,
- die Qualität des Soziallebens verbessern (Erneuerung der kollektiven Dienstleistungen und des Massenverkehrs, bessere Verwaltung der Städte),

Die Mittel zur Realisierung dieser Ziele sind:

- die Dezentralisierung (Dezentralisierung und Raumordnung sind komplementär),
- die Modernisierung der Industrie und die Umwandlung des Produktionssystems (namentlich mit der Entwicklung der Bereiche mit Spitzentechnologien: Energie, Elektronik, Bioindustrie, Raumfahrt-industrie, Verkehr, . . .)
- die Bildung, die Forschung und die Innovation (der Anteil der nationalen Ausgaben für Forschung und Entwicklung soll 1985 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen),
- die kulturelle Erneuerung.

Die Zielsetzungen des 9. Planes sollen durch 12 *programmes prioritaires d'exécution* (Prioritäre Durchführungspogramme) erreicht werden:

1. Modernisierung der Industrie mittels neuer Technologien sowie Sporbemühungen
2. Erneuerung von Erziehungs- und Bildungssystem
3. Forschungs- und Innovationsförderung
4. Entwicklung der Kommunikationsindustrien
5. Reduktion der Energieabhängigkeit
6. Förderung der Beschäftigung
7. Besserung der Marktposition französischer Produkte im In- und Ausland
8. Umweltschutz
9. Dezentralisierung
10. Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt
11. Modernisierung und bessere Verwaltung des Gesundheitssystems
12. Reformen von Justiz- und Sicherheitseinrichtungen

Das Außenhandelsgleichgewicht wieder herstellen, den Druck auf die Beschäftigung reduzieren, die Rückkehr zu einem stabileren Wachstum vorbereiten, diese Ziele des 9. Planes erfordern noch ein weiteres Ziel das den mittelfristigen Erfolg bedingt: die Gesamtheit des Produktionssystems und ganz besonders die Industrie der laufenden technologischen Revolution anpassen; und dies in einer Periode des Wandels der Weltwirtschaft und bei Vermeidung der ungeheuren sozialen Kosten der früheren industriellen Revolutionen. Alles in allem ein gewaltiger Anspruch⁵⁴.

Der 9. Plan wird durch die Härtemaßnahmen der gegenwärtigen Konjunkturpolitik markiert. Sein Erfolg hängt auch vom Erfolg dieser Politik ab.

D. Die Konjunkturpolitik und die Härtemaßnahmen

Nach dem Machtwechsel von 1981 hoffte die französische Regierung, durch ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum die Arbeitslosigkeit bedeutend zu reduzieren. Die Rezession in den Industrieländern und die strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft haben ihre Erwartung enttäuscht (Tabelle 3).

Die Zunahme des realen Brutto sozialprodukts im Jahre 1982 betrug 1,6 Prozent, obwohl die Industrieproduktion im Verlauf tendenziell zurückging. Dabei hatte die Arbeitslosenquote saisonbereinigt nur langsam auf 9 Prozent am Jahresende zugenommen. Obwohl sich der Preisauftrieb aufgrund einkommenspolitischer Maßnahmen (Preisstopp, Lohnstopp, Preiskontrollen) ab Juli deutlich verlangsamte, errechnet sich im Jahresdurchschnitt eine Inflationsrate von 11,8 Prozent. Wegen der bis Mitte des Jahres nachfragestützend konzipierten Lohnpolitik, und der grundsätzlich expansiven Geld- und Finanzpolitik, die inmitten eines rezessionsgeprägten internationalen Umfeldes betrieben wurde, stieg der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz rapid auf

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Daten für Frankreich 1979–1982

	1979	1980	1981	1982
Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts	3,3	1,1	0,2	1,6
Arbeitslosenquote in %	6,0	6,4	7,8	8,9
Anstieg der Verbraucherpreise (in % gegenüber Vorjahr)	10,7	13,6	13,4	11,8

Quelle: *Wirtschaftskonjunktur*, 35. Jahrgang, Juni 1983, Nr. 6, S. A2, A4, A5.

rund 79 Milliarden Franc. Obwohl zum Ausgleich etwa 90 Milliarden Franc an Fremdwährungsanleihen hereingenommen wurden, geriet der Kurs des Franc auf den Devisenmärkten zunehmend unter Druck⁵⁵.

Der Franc, der während den der Schaffung des Europäischen Währungssystems folgenden ersten zwei Jahre stabil war, wurde seither wegen der steigenden Auslandsverschuldung dreimal abgewertet (Oktober 1981, Juni 1982, März 1983). Anfänglich konnten die Defizite durch die Devisenreserven finanziert werden. Deren Ausschöpfung ließ nur einen Ausweg: die Verschuldung. Nach dem Wirtschafts-, Finanz- und Budgetministerium wird die Nettoverschuldung Frankreichs (Differenz der mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber dem Ausland) auf 83,1 Milliarden Franc geschätzt⁵⁶. Der erhöhte Aufwand des Auslandschuldendienstes zwingt zu immer höherer Verschuldung (Tabelle 4).

Tabelle 4

Tendenzen der Zahlungsbilanz Frankreichs
(in Milliarden Franc)

	1981	1982	1983	1984
Außenhandel (Fob-Cif)	– 54	– 106	– 91	– 62
Andere laufende Transaktionen	+ 28	+ 18	+ 16	+ 14
(davon: geplante Anleiheverzinsung)	(– 16)	(– 22)	(– 29)	(– 34)
Kapitalbewegungen	– 86	– 65	– 61	– 62
(davon: geplante Anleihe-tilgung)	(– 7)	(– 14)	(– 18)	(– 20)
Zu finanzierender Saldo	– 112	– 153	– 136	– 110
davon:				
Inanspruchnahme der Währungsreserven	71	65	25	10
Bruttoanleiheaufnahme	41	88	111	100

Quelle: *L'Expansion*, Nr. 213, 8/21 April 1983, S. 55

Die erste Erklärung der Verschlechterung des Außenhandels ist die ungenügende strukturelle Konkurrenzfähigkeit⁵⁷. Die Defizite gegenüber den Industrieländern erläutern dieses Versagen (Tabelle 5)

Tabelle 5

Handelsdefizite und -überschüsse Frankreichs 1982
(Fob-Cif, in Milliarden Franc)

Länder	Handelsdefizite oder -überschüsse
Bundesrepublik Deutschland	- 38,1
Saudiarabien	- 35,2
USA	- 25,4
Niederlande	- 14,1
Japan	- 13,0
Algerien	- 11,9
UdSSR	- 8,6
Belgien/Luxemburg	- 6,1
Norwegen	- 5,9
Spanien	- 4,4
Ägypten	+ 4,3
Irak	+ 6,7
Schweiz	+ 8,9

Quelle: *L'Expansion*, Nr. 213, 8/21 April 1983, S. 55.

Der zweite Grund der Verschlechterung der Handelsbilanz besteht in der Beschleunigung der französischen Inflation gegenüber den anderen Ländern. Von 1981 bis 1982 hat sich dieser Unterschied verdoppelt. Seine Ursache findet sich namentlich in dem Druck der Lohnkosten (doppelt so großer Anstieg gegenüber dem Ausland), welcher die Unternehmensleistungen schwächt, trotz der aus der Abwertung resultierenden Exportförderung⁵⁸. Die dritte Erklärung des Außenhandelsdefizits liegt in der Wiederbelebung des Massenkonsums nach dem 10. Mai 1981. Die Erhöhung der Löhne, der Sozialleistungen und der öffentlichen Ausgaben (welche das wirtschaftliche Wachstum auf 5,5 Prozent in 1982 hätte bringen sollen, nach den Sachverständigen der PS) hat wohl die Nachfrage stimuliert, aber hat auch eine unerträglichere Schere gegenüber den rezessionsgeprägten Ländern geöffnet. Ihrerseits hat dann die Erschlaffung der Konjunkturbelebung das Haushaltsdefizit vergrößert und die Geldschöpfung beschleunigt⁵⁹.

Der dritten Abwertung des Franc innerhalb des Europäischen Währungssystems seit dem Machtwechsel von 1981, folgte ein am 25. März 1983 verkündeter *plan de rigueur*, ein gesamtwirtschaftliches Sanierungsprogramm, aus dessen verschiedenen Punkten zwei Ziele herausragen: Erstens soll das Defizit im Außenhandel im Zeitraum Mai 1983/

April 1984 auf 45 Milliarden Franc reduziert und zweitens die Inflationsrate am Ende des Jahres auf 8 Prozent gedrückt werden⁶⁰. Das am 22. April 1983 verkündete Gesetz besteht aus verschiedenen finanzpolitischen Härtemaßnahmen, namentlich:

- die Finanzierung der vom Staat zugunsten der industriellen Entwicklung eingesetzten Maßnahmen, durch die Emission einer Zwangsanleihe, die von den Einkommensteuerpflichtigen gezeichnet wird, auf der Basis ihrer Bemessungsgrundlage;
- die Einhebung eines Beitrages zur Finanzierung der Sozialversicherung⁶¹.

Durch Steuererhöhungen – sowohl der direkten als auch der indirekten Steuern – und Bestimmungen hinsichtlich der Devisenausfuhr soll die Leistungsbilanz wieder in den Griff gebracht werden⁶².

Diese neue Wirtschaftspolitik schlägt sich natürlich auf das Wirtschaftswachstum nieder (Tabelle 6).

Tabelle 6

**Bilanz und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung
Frankreichs 1982–1984**

	1982	1983	1984
A. Grundhypothese der internationalen Wirtschaftsentwicklung			
Bruttoinlandsprodukt international (Reale Wachstumsrate in %)	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,7
Bezugspreis des Erdöls (in Dollars pro Tonne)	34,0	29,0	29,0
Verbraucherpreise (Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft in %)	+ 8,5	+ 6,7	+ 5,8
B. Entwicklung der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes (Veränderungen in %)			
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 0,0	+ 1,0
Importe	+ 0,4	– 0,1	+ 0,3
Privater Konsum	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,4
Investitionen gesamt	– 1,1	– 2,1	– 0,7
davon Unternehmen	0	– 2,3	+ 0,7
Exporte	– 3,9	+ 2,5	+ 4,1

Quelle: Comptes de la Nation pour 1982 et comptes prévisionnels pour 1983 et 1984, *Les Notes Bleues*, Ministère de l'Economie et des Finances, Nr. 129, Woche vom 27. Juni bis 3. Juli 1983.

Die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums wird sicherlich auch das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen. Die gegenwärtige Steigerung des Dollarkurses erschwert den Erfolg des Sanierungsprogramms. Dessen Ziele bezüglich Außenhandelsgleichgewicht und

Preisstabilität werden schwieriger erreichbar sein. Trotzdem sind die ersten Resultate ermutigend. Ende Juni 1983 erreichte die Steigerungsrate der Konsumentenpreise im Jahresabstand 8,8 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit Ende 1973. Die Regierung rechnet mit der Möglichkeit einer jährlichen Steigerungsrate von 6 Prozent während dem zweiten Semester 1983 und setzt sich das Ziel einer jährlichen Steigerungsrate von 5 Prozent für 1984. Die Außenhandelsbilanz zeigt auch die ersten Zeichen einer Konsolidierung. Während des 2. Trimesters 1983 war das durchschnittliche monatliche Defizit der Handelsbilanz etwas höher als 4 Milliarden Franc. Es war fast zwei Mal so hoch, während des 1. Trimesters 1983 (– 7,9 Milliarden Franc gegen – 4,3 Milliarden Franc) und im Jahr 1982 (– 7,8 Milliarden Franc)⁶³. Andererseits soll das Haushaltsdefizit 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen. 1984 könnte es auf 2,5 Prozent abgebaut werden. Das Sanierungsprogramm wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erschweren. Die Arbeitslosenquote wird heuer auf 9,5 Prozent klettern und sich nächstes Jahr um einen weiteren Prozentpunkt erhöhen. Die Jahresinflation hat sich Anfang dieses Jahres auf 9 Prozent eingependelt; für das Gesamtjahr 1983 wird mit 9,5 Prozent gerechnet. Die restriktive Wirtschaftspolitik wird zu einem leichten Absinken der Verbraucherpreissteigerung im nächsten Jahr – auf 8,5 Prozent führen⁶⁴.

Schlußfolgerungen

Gegenwärtig ist es sicher zu früh, um gutgläubig vom Erfolg oder Mißerfolg des *plan d'austérité* zu sprechen. Die Erreichung seines Grundzieles, der ausgeglichenen Leistungsbilanz, wird von der ständigen Erhöhung des Dollarkurses erschwert. Ein eventueller Erfolg ist auch durch die innere politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedingt, namentlich durch die Beteiligung der Sozialpartner und die Aufnahme seitens der Bevölkerung. Das Ausbleiben von positiven Resultaten im Außenhandel würde notwendigerweise zu einer neuen Abwertung des Franc und wahrscheinlich zu einer neuen Wende in der französischen Wirtschaftspolitik führen. Der *plan d'austérité* versucht eine Sanierung der Wirtschaft zu erreichen, ohne aus dem Europäischen Währungssystem auszutreten und im Rahmen von offenen Grenzen. Die Regierung wird aber keinesfalls eine weitere Verschlechterung der Leistungsbilanz tolerieren. Der Mißerfolg des Sanierungsprogramms wird sie notfalls dazu führen, aus dem Europäischen Währungssystem auszutreten und mit protektionistischen Maßnahmen einzugreifen. Regelmäßig schlagen der linken Mehrheit angehörende oder mit ihr sympathisierende Politiker und Wirtschaftswissenschaftler solche Lösungen vor. „Das nationale System der politischen Ökonomie“ von Friedrich List hat gegenwärtig in Frankreich aufmerksame Leser gefunden. Ein solcher wirtschaftspolitischer Wandel hätte natürlich unabsehbare Folgen für die Zukunft Frankreichs und das Schicksal der Europäischen Gemeinschaft.

Andererseits ist es sicher jetzt auch zu früh, um vom Erfolg oder Mißerfolg des Gesamtprogramms von Präsident Mitterrand zu sprechen. Jedenfalls ist es voreilig, von einem „Reformkurs“ zu reden⁶⁵. Die in Frankreich durchgeführten wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Reformen waren notwendig, um dem Land eine neue Zukunft zu geben. Ihre Resultate wird man erst mittel- und sogar langfristig bewerten können. Und schließlich haben sich die strukturellen Schwächen der Wirtschaft und die Versteinerung der Gesellschaft während mehrerer Jahrzehnte konservativer Regierung aufgehäuft. Es ist also unbillig, ihre Überwindung in zwei Jahren zu verlangen. Anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung von 1986 kann das Volk ein erstes auf mittelfristigen Resultaten beruhendes Urteil über Mitterrands Reformpolitik fällen.

(abgeschlossen am 7. August 1983)

Anmerkungen

- 1 Schmid (Klaus-Peter), Frankreich nach den Wahlen, *Europäische Rundschau, Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte*, 9. Jahrgang, 1981, Nr. 3, S. 3–9.
- 2 Albertini (Jean-Marie), *L'économie française*, Paris, Seuil, 1978, 160 S.; Carré (Jean-Jacques), Dubois (Paul), Malinvaud (Edmond), *Abrégé de la croissance française, Un essai d'analyse économique causale de l'après-guerre*, Paris, Seuil, 1973, 269 S.; Pagé (Jean-Pierre) (Herausgeber), *Profil économique de la France au seuil des années 1980*, Paris, La Documentation française, 1981, 486 S.; Parodi (Maurice), *L'économie et la société française depuis 1945*, Paris, Armand Colin, 1981, 288 S.
- 3 Duquesne (Jacques), *La gauche du Christ; Peuy-t-on concilier Marx et Jésus?*, Paris, Bernard Grasset, 1972, 278 S.; Hourdin (Georges), *Catholiques et socialistes, Un rapprochement capital pour les chrétiens et pour la vie politique française*, Paris, Bernard Grasset, 1973, 271 S.
- 4 Reynaud (Jean-Daniel), Grafmeyer (Yves) (Herausgeber), *Français, qui êtes-vous?, Des essais et des chiffres*, Paris, La Documentation française, 1981, 495 S.; Closets (François de), *Toujours plus!*, Grasset & Fasquelle, 1982, 409 S.
- 5 Bothorel (Jean), *Le Pharaon*, Paris, Bernard Grasset, 1983, 344 S.
- 6 Rosanvallon (Pierre), *Misère de l'économie*, Paris, Seuil, 1983, S. 11–23.
- 7 Linkohr (Rolf), *Die europäischen Sozialisten und die Krise – ihre Krise?, Oder: Können Sozialisten in Europa zusammenarbeiten?*, in: Meyer (Thomas) und andere (Herausgeber), *Politische Ideen in der Krise*, Köln, Bund-Verlag (Forum DS, Jahrbuch für Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus 1981), 1981, S. 207–224. Siehe auch: Beaud (Michel), *Le socialisme à l'épreuve de l'Histoire 1800–1981*, Paris, Seuil, 1982, 319 S.
- 8 Parti Socialiste, *Changer la vie, Programme de gouvernement du Parti Socialiste, Présentation par François Mitterrand, Premier Secrétaire du Parti Socialiste*, Paris, Flammarion, 1972, 249 S.
- 9 Parti Socialiste, *Projet socialiste pour la France des années 80*, Paris, Club Socialiste du Livre, 1980, 380 S.
- 10 110 propositions pour la France, *Le Poing et la Rose*, Nr. 91, Februar 1981, S. 12–15.
- 11 *Le monde*, 40. Jahrgang, 29. Juni 1983, Nr. 11949, S. 7. Siehe auch: Valadier (Paul), François Mitterrand, *Des idées politiques pour prendre le pouvoir, Projet*, Dezember 1982, Nr. 17, S. 1174–1187.
- 12 *Changer la vie*, op. cit., S. 8–10.
- 13 *Changer la vie*, op. cit., S. 13, 23–24.
- 14 *Changer la vie*, op. cit., S. 31–33.

- 15 *Changer la vie*, op. cit., S. 63.
- 16 *Changer la vie*, op. cit., S. 62.
- 17 Barre (Raymond), L'économie française quatre ans après (1976–1980), *La Nouvelle Revue des deux mondes*, September 1980, S. 513–532. Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Barre, siehe auch: Loi n° 79–51 du 19 janvier 1979 portant approbation d'un rapport sur l'adaption du VIIe Plan, *Journal officiel de la République française*, 21. Januar 1979; Loi n° 79–585 du 11 juillet 1979 portant approbation du rapport sur les principales options du VIIIe Plan, *Journal officiel de la République française*, 12. Juli 1979. Zur liberalen Analyse der Weltwirtschaftskrise, siehe: Claassen (Emil), Salin (Pascal) und andere, *L'Occident en désarroi, Turbulences d'une économie prospère*, Paris, Dunod, 1978, 225 S. Zur neulichen Entwicklung des Neoliberalismus in Frankreich, siehe: Lepage (Henri), *Demain le capitalisme*, Paris, Librairie Générale Française (Collection Pluriel), 1978, 448 S.; Lepage (Henri), *Demain le libéralisme*, Paris, Librairie Générale Française (Collection Pluriel), 1980, 576 S.
- 18 *Projet socialiste*, op. cit., S. 90. Zur Analyse der Weltwirtschaftskrise, siehe auch die linksorientierten Thesen in: Greffe (Xavier), Reiffers (Jean-Louis) (Herausgeber), *L'Occident en désarroi, Ruptures d'un système économique*, Paris, Dunod, 1978, 316 S.; Attali (Jacques), Guillaume (Marc), *L'anti-économique*, Paris, Presses Universitaires de France, 1974, 240 S.; Lorenzi (Jean-Hervé), Pastré (Olivier), Toledano (Jaëlle), *La crise du XXe siècle*, Paris, Economica, 1980, 389 S.; Rosier (Bernard), *Croissance et crise capitalistes*, Paris, Presses Universitaires de France, 1975, 304 S.; *Traité marxiste d'économie politique, Le capitalisme monopoliste d'Etat*, Paris, Editions sociales, 1976, 2 Bände, 446 S. & 448 S.
- 19 *Projet socialiste*, op. cit., S. 185.
- 20 *Le Monde*, 38. Jahrgang, 26. September 1981, Nr. 11402, S. 4.
- 21 Camus (B.) und andere, *La crise du système productif*, Paris, INSEE, 1981, 363 S.; Lipietz (Alain), Redéploiement industriel: Le legs du libéralisme, *Le Débat*, Nr. 16, November 1981, S. 40–49; Mistral (Jacques), Filières et compétitivité: enjeux de politique industrielle, *Annales des Mines*, Januar 1980, S. 41–51; Le tissu industriel, *Les Cahiers Français*, Nr. 211, Mai–Juni 1983, 72 S.
- 22 Boubil (Alain), *Le socialisme industriel*, Paris, Presses Universitaires de France, 1977, S. 253–322. Siehe auch: Ministère de la Recherche et de l'Industrie, *Une politique industrielle pour la France, Actes des journées de travail des 15 et 16 novembre 1982*, Paris, La Documentation française, 1983, 438 S.; Beaud (Michel), Nationalisations: Quelle logique au service de quelle politique?, *Problèmes économiques*, Nr. 1778, 16. Juni 1982, S. 3–7.
- 23 Bizaguet (Armand), L'importance des entreprises publiques dans l'économie française et européenne après les nationalisations de 1982, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 434–465.
- 24 Loi de nationalisation n° 82–155 du 11 février 1982, *Journal officiel de la République française*, 13. Februar 1982.
- 25 La nationalisation des banques en France, *Eurépargne*, Revue économique européenne, 1982, Nr. 3, S. 3–16. Zu Beziehungen zwischen Industrie und Finanzsystemen in Frankreich vor dem 10. Mai 1981 siehe: Bellon (Bertrand), *Le pouvoir financier et l'industrie en France*, Paris, Seuil 1980, 271 S.
- 26 Entfällt.
- 27 Discours de M. Jacques Delors, Ministre de l'Economie, des Finances et du Budget devant l'Association Française des banques, *Les Notes Bleues, Ministère de l'Economie et des Finances*, Nr. 130, Woche vom 4. bis 10. Juli 1983, 8 S.; *Projet de loi relatif à l'activité et au contrôle des établissements de crédit, Les Notes Bleues, Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget*, Nr. 133, Woche vom 25. bis 31. Juli 1983, 14 S.
- 28 *Le Monde*, Bilan économique et social 1982, *Supplément aux Dossiers et Documents du Monde*, Januar 1983, S. 52–53. Siehe auch: Vessillier (Elisabeth), Aspects financiers des nationalisations, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 466–495.
- 29 Greffe (Xavier), Les entreprises publiques dans la politique de l'Etat, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 530. Siehe auch: Strauss-Kahn (Dominique), *Plan et autonomie de gestion*, in: *Actes du colloque Nationalisations: la voie française*, 11 et 12 décembre 1982, Paris, Club Socialiste du Livre, 1983, p. 35–58; Soulage (Bernard),

- Thiery (Simon-Pierre), Quelles institutions pour une nouvelle politique industrielle, *Revue d'économie industrielle*, Nr. 23, 1er Trimester 1983, S. 79–91.
- 30 Stoffaës (Christian), Objectifs économiques et critères de gestion du secteur public industriel, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 577–611; Nationalisations et nouvelle politique industrielle, *Problèmes économiques*, Nr. 1783, 21. Juli 1982, S. 2–11, Delion (André G.), La place des entreprises publiques dans l'économie *Problèmes économiques*, Nr. 1824, 18. Mai 1983, S. 2–10.
- 31 Sadoun (Bernard), La région a 10 ans, *Chiffres pour l'Alsace*, 1983, Nr. 2, S. 3–11.
- 32 Loi n° 82–213 du 2 mars 1982 relative aux droits et libertés des communes, des départements et des régions, *Journal officiel de la République française*, 3. März 1982.
- 33 *Le Monde*, 40. Jahrgang, 30. Juli 1983, Nr. 11976, S. 1 und 6. Siehe auch: Loi n° 83–8 du 7 janvier 1983 relative à la répartition des compétences entre les communes, les départements, les régions et l'Etat, *Journal officiel de la République française*, 9. Januar 1983; Loi n° 83–663 du 22 juillet 1983 complétant la loi no 83-8 du 7 janvier 1983 relative à la répartition des compétences entre les communes, les départements, les régions et l'Etat, *Journal officiel de la République française*, 23. Juli 1983.
- 34 Barge (Pierre) und andere, *L'intervention économique de la commune*, Paris, Syros, 1983, 203 S.; Bouchet (Jean), Savy (Michel), Décentralisation des activités et aménagement du territoire, *Problèmes économiques*, Nr. 1787, 1. September 1982, S. 2–8; Angevin (Paul), La décentralisation et la réforme financière, *Problèmes économiques*, Nr. 1769, 14. April 1982, S. 5–7; Institut André Boulloche, *Introduction à la gestion des communes*, Paris, Club Socialiste du Livre, 1983, 225 S.; Les nouvelles communes, *Le Monde, Dossiers et Documents*, Nr. 98, Februar 1983, 8 S.; Losser (Alphonse), Pour une politique économique alsacienne, *Elan, Cahier des ICS/Strasbourg*, 27. Jahrgang, Mai–Juni 1983, Nr. 5–6, S. 20.
- 35 Holl (Uwe), Die Folgen des 10. Mai, Ein Jahr Mitterrand, *Gewerkschaftsreport/Institut der deutschen Wirtschaft*, 16. Jahrgang, Juni 1982, Nr. 4.
- 36 Les nouveaux droits des travailleurs, *Le Monde, Dossiers et Documents*, Nr. 102, Juni 1983, 16 S.; Le travail ouvrier, *Les Cahiers Français*, Nr. 209, Januar–Februar 1983, 72 S.; Cantat (Martine), L'entreprise et les lois Auroux, *Problèmes économiques*, Nr. 1832, 13. Juli 1983, S. 3–8.
- 37 Loi n° 82–689 du 4 août 1982 relative aux libertés des travailleurs dans l'entreprise, *Journal officiel de la République Française*, 6. August 1982.
- 38 Loi n° 82–915 du 28 octobre 1982 relative au développement des institutions représentatives du personnel, *Journal officiel de la République française*, 29. Oktober 1982.
- 39 Loi n° 82–957 du 13 novembre 1982 relative à la négociation collective et au règlement des conflits collectifs du travail, *Journal officiel de la République française*, 14. November 1982.
- 40 Loi n° 82–1097 du 23 décembre 1982 relative aux comités d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail, *Journal officiel de la République française*, 25.–26. Dezember 1982.
- 41 Siehe zum Beispiel die Stellungnahme des *Conseil national du patronat français* (C. N. P. F., Nationalverband der französischen Unternehmer) in: *Die Industrie*, 83. Jahrgang, 20. April 1983, Nr. 16, S. 9.
- 42 Le développement de la négociation collective dans l'entreprise, *Problèmes économiques*, Nr. 1793, 13. Oktober 1982, S. 7–14; Beaujolin (François), Y a-t-il un apport syndical spécifique au développement industriel de la France?, *Revue d'économie industrielle*, Nr. 23, 1. Trimester 1983, S. 92–108; Bertrand (Hugues), Le syndicat peut-il devenir un acteur économique?, *CFDT-Aujourd'hui*, Nr. 60, März–April 1983, S. 3–16; Lerray (Catherine), L'appréhension de l'efficacité dans les entreprises publiques industrielles et commerciales, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 612–654.
- 43 Loi n° 83–675 du 26 juillet 1983 relative à la démocratisation du secteur public, *Journal officiel de la République française*, 27. Juli 1983. Siehe auch: Asselain (Jean-Charles), La dimension sociale des nationalisations de 1982, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 536–576.
- 44 Zur französischen Planung, siehe: Atreize, *La planification française en pratique*, Paris, Les Editions ouvrières, 1971, 382 S.; Gruson (Claude), *Origine et espoirs de la planification française*, Paris, Dunod, 1968, 438 S.; McArthur (John H.), Scott (Bruce

- R.), *L'industrie française face aux Plans*, Paris, Les Editions d'Organisation, 1970, 544 S.; Ullmo (Yves), *La planification en France*, Paris, Dalloz, 1974, 625 S.; La planification française, *Les Cahiers Français*, Nr. 181, Mai-Juni 1977, 64 S.
- 45 *8e Plan de développement économique et social 1981-1985*, Paris, Direction des Journaux officiels, 1980, 249 S. Siehe auch: Le VIIIe Plan, *Revue économique*, Band 31, September 1980, Nr. 5, S. 813-1021.
- 46 Plan intérimaire pour 1982 et 1983, *Journal officiel de la République française*, 8. Januar 1982, Annexe.
- 47 Zur Situation Frankreichs im Gebiet der Energie, siehe: Les différentes énergies (dont le nucléaire) dans le bilan énergétique français, *Journal officiel de la République française, Avis et rapports du Conseil économique et social*, 2. October 1981; Le développement de la politique d'économies d'énergie, *Journal officiel de la République française, Avis et rapports du Conseil économique et social*, 14. August 1981.
- 48 *La Lettre du Poing et la Rose, Spécial Municipales* 3, 29. Januar 1983.
- 49 Spiegel-Gespräch, „Frankreich hat einen Rückstand aufzuholen“, Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors über die Pläne der Sozialisten, *Der Spiegel*, 35. Jahrgang, 13. Juli 1981, Nr. 29, S. 87.
- 50 Loi n° 82-653 du 29 juillet 1982 portant réforme de la planification, *Journal officiel de la République française*, 30. Juli 1982.
- 51 Der *Conseil économique et social* (Wirtschafts- und Sozialrat) ist ein 1958 geschaffenes Beratungsorgan. Er wird für die Gesetzentwürfe oder -pläne mit wirtschaftlichem oder sozialem Charakter zu Rate gezogen.
- 52 Loi n° 83-645, du 13 juillet 1983 définissant les choix stratégiques, les objectifs et les grandes actions du développement de la nation pour le 9e Plan (première loi de Plan), *Journal officiel de la République française*, 17. Juli, 1983.
- 53 Zum Problem der Steuerreform in Frankreich siehe namentlich: Grosclaude (Jacques), *L'impôt sur la fortune*, Paris, Berger-Levrault, 1976, 225 S.; Uri (Pierre), *Changer l'impôt (pour changer la France)*, Paris, Editions Ramsay, 1981, 223 S.
- 54 Zur Industriepolitik siehe auch: La nouvelle politique industrielle, *Dossiers de la Lettre de Matignon*, Nr. 1, Januar 1983, S. 4-9.
- 55 Konjunkturelle Erholung in den Industrieländern, *Wirtschaftskonjunktur*, 35. Jahrgang, Juni 1983, Nr. 6, S. A13-A14.
- 56 Première évaluation de l'endettement extérieur de la France, *Les Notes Bleues, Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget*, Nr. 131, Woche vom 11. bis 17. Juli 1982, 2 S.
- 57 L'industrie française dans la compétition internationale: une évolution inquiétante, *Problèmes économiques*, Nr. 1813, 2. März 1983, S. 3-6; Meunier (Philippe), La France face à la concurrence des grandes nations industrielles, *Chroniques d'actualité de la S. E. D. E. I. S.*, Band 28, 15. Juni 1983, Nr. 6, S. 252-260; Commissariat général du Plan, *Demain la France dans le monde*, Paris, La Documentation française, 1980, 192 S.; Les 100 marchés de la France, *L'Expansion*, Nr. 220, 12. Juli/8. September 1983, 196 S.; Le commerce extérieur de la France, *Le Monde, Dossiers et Documents* Nr. 101, Mai 1983, 4 S.
- 58 L'inflation en France et les moyens d'y remédier, *Journal officiel de la République française, Avis et rapports du Conseil économique et social*, 17. Juni 1982.
- 59 „Die Elastizität Exporte-Importe ist, in Frankreich, seit der Energiekrise, höher als 1, sobald die Wachstumsrate der Wirtschaft sich ihrer potentiellen Wachstumsrate – zwischen 5 Prozent und 6 Prozent – nähert“. Wirtschaftswachstum und Außenhandelsgleichgewicht erscheinen also als widersprechende wirtschaftspolitische Ziele. Siehe: Boubil (Alain), *Le socialisme industriel*, op. cit., S. 20-21.
- 60 *Wirtschaftskonjunktur*, 35. Jahrgang, Juni 1983, Nr. 6, S. A13. Siehe auch: Les mesures d'accompagnement du réajustement monétaire, *Les Notes Bleues, Ministère de l'économie et des Finances*, Nr. 117 Woche vom 4. bis 10. April 1983, 8 S.; *Les Notes Bleues, Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget*, Nr. 132, Woche vom 18. bis 24. Juli 1983, S. 2-4.
- 61 Présentation par M. Delors du projet de loi d'habilitation, *Les Notes Bleues, Ministère de l'Economie et des Finances*, Nr. 120, Woche vom 25. April bis 1. Mai 1983, 10 S.; Loi du 22 avril 1983 autorisant le Gouvernement à prendre, par application de l'article 38 de la Constitution, diverses mesures financières, *Journal officiel de la République*

- française, 23. April 1983; Mesufinancières d'application des décisions prises par le gouvernement le 25 mars 1983, *Les Notes Bleues*, Ministère de l'Economie et des Finances, Nr. 122, Woche vom 9. bis 15. Mai 1983, 6 S.
- 62 Zur Bestimmung hinsichtlich der Devisenausfuhr, siehe: Règlementation des changes pour les voyageurs se rendant à l'étranger, *Les Notes Bleues*, Ministère de l'Economie et des Finances, Nr. 118, Woche vom 11. bis 17. April 1983, 4 S.
- 63 Indice des prix, Résultats du commerce extérieur, Juin 1983, *Les Notes Bleues*, Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget, Nr. 134–135, Wochen vom 1. bis 14. August 1983, Siehe auch *Perspectives économiques de l'OCDE*, Paris, OECD, Juli 1983; S. 109–113; La conjoncture économique au premier semestre 1983, *Journal Officiel de la République Française*, Avis et rapports du Conseil économique et social, 2. Juli 1983, 40 S.
- 64 Die internationale Konjunktur, *Konjunktur-Report*, Fakten/Analysen/Prognosen, 1983, Nr. 3, S. 3.
- 65 Mitterrands österreichischer Weg: Reformkonkurs, *Die Industrie*, 83. Jahrgang, 20. April 1983, Nr. 16, S. 8–13.

Bibliographie

- Grefre (Xavier), Reiffers (Jean-Louis) (Herausgeber), *L'Occident en désarroi, Ruptures d'un système économique*, Paris, Dunod, 1978, 316 S.
- Albert (Michel), *Le pari français, Le nouveau plein-emploi*, Paris, Editions du Seuil, 1982, 317 S.
- Attali (Jacques), Guillaume (Marc), *L'anti-économique*, Paris, Presses Universitaires de France, 1974, 240 S.
- Barge (Pierre) und andere, *L'intervention économique de la commune*, Paris, Syros, 1983, 203 S.
- Bauchet (Pierre) und andere, Les nationalisations, *Revue économique*, Band 34, Mai 1983, Nr. 3, S. 429–654.
- Beaud (Michel), *Le socialisme à l'épreuve de l'Histoire 1800–1981*, Paris, Editions du Seuil, 1982, 319 S.
- Boublil (Alain), *Le socialisme industriel*, Paris, Presses Universitaires de France, 1977, 322 S.
- Lorenzi (Jean-Hervé), Pastré (Olivier), Toledano (Joëlle), *La crise du XXe siècle*, Paris, Economica, 1980, 389 S.
- Lesourme (Jacques), *Les Mille Sentiers de l'avenir*, Paris, Editions Seghers, 1981, 372 S.
- Meyer (Thomas) und andere, (Herausgeber), *Politische Ideen in der Krise*, Köln, Bund-Verlag, 1981, 229 S.
- Ministère de la Recherche et de l'Industrie, *Une politique industrielle pour la France, Actes des journées de travail des 15 et 16 Novembre 1982*, Paris, La Documentation Française, 1983, 438 S.
- Parti Socialiste, *Changer la vie, Programme de gouvernement du Parti Socialiste*, Paris, Flammarion, 1972, 249 S.
- Parti Socialiste, *Projet socialiste pour la France des années 80*, Paris, Club Socialiste du Livre, 1980, 380 S.
- Parti Socialiste, Manifeste, 110 propositions pour la France, *Le Poing et la Rose*, Nr. 91 Februar 1981, S. 9–15.
- Parti Socialiste, *Actes du colloque Nationalisations: la voie française, 11–12 décembre 1982*, Paris, Club Socialiste du Livre, 1983, 214 S.
- Parti Socialiste, *La France et la Changement, Recentre des acteurs du changement Paris 20–23 janvier 1983, Ouvrage dirigé par Gérard Delfau*, Paris, Club Socialiste du Livre, 1983, 162 S.

Les politiques industrielles, *Revue d'économie industrielle*, Nr. 23, 1. Trimester 1983.

Rosanvallon (Pierre), *Lisère de l'économie*, Paris, Editions du Seuil, 1983, 156 S.

Rosier (Bernard), *Croissance et crise capitalistes*, Paris, Presses Universitaires de France, 1975, 304 S.

Journal officiel de la République française, Edition des lois et décrets.

Journal officiel de la République française, Avis et rapports du Conseil économique et social.

Les Notes Bleues, Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget.